

„Die Kluft wird dramatisch“

Der demografische Wandel spaltet die Gesellschaft – wie riskant das ist, erklärt Herwig Birg, emeritierter Direktor des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik in Bielefeld.



Herwig Birg (80) lehrte bis 2004 am Institut Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik der Universität Bielefeld und war Präsident der Deutschen Gesellschaft für Demografie.

Herr Birg, Sie beschäftigen sich seit Jahrzehnten mit dem demografischen Wandel. Ihre Prognose für Deutschland ist düster.

In Deutschland wird bestimmt niemand hungern oder frieren müssen, aber für mich ist das kein Trost. Die Kluft zwischen Armen und Reichen wird aus demografischen Gründen unerträgliche Ausmaße erreichen. Zum einen wachsen die regionalen Unterschiede, weil gerade die jungen, gut ausgebildeten Menschen aus den Entleerungsgebieten in wirtschaftliche Metropolen abwandern. Parallel verschärfen sich die Gegensätze zwischen den schulisch und beruflich schlechter qualifizierten Menschen mit Migrationshintergrund und den Nichtmigranten. Die Nichtmigranten haben auf Grund ihrer besseren Qualifikationen in der Regel ein höheres Einkommen und größere berufliche Aufstiegschancen. Schließlich nimmt auch durch die per Gesetz beschlossene, automatische Verringerung des Rentenniveaus bei steigender Lebenserwartung der Unterschied zwischen dem Lebensstandard der Erwerbstätigen und der Ruheständler zu, so dass der Abstand zwischen den Generationen wächst. Dabei müssen wir zusätzlich zwischen Menschen mit und ohne Kindern unterscheiden. In der Gruppe der Kinderlosen beträgt das pro Kopf verfügbare Einkommen ein Vielfaches dessen der Menschen mit Familie. Das verletzt nicht nur die Verfassung, son-

dern auch das Gerechtigkeitsempfinden jener, die durch die Erziehung von Kindern als den künftigen Beitragszahlern der Sozialversicherung die hohen Versorgungsbezüge der kinderlosen Ruheständler erst ermöglichen. Schnell könnten wir für die mit den demografisch hervorgerufenen Ungleichgewichten verbundenen Ungerechtigkeiten bei politischen Wahlen die Quittung bekommen, indem radikale Parteien die Macht erringen.

Kann Zuwanderung oder Produktivitätssteigerung den demografischen Wandel nicht auffangen?

Langfristig nicht, auch die Zugewanderten müssen ja irgendwo geboren werden, und die Geburtenrate ist auch in den Herkunftsländern stark gesunken. Auch die Produktivitätssteigerung der Volkswirtschaft reicht als Kompensation nicht aus. Selbst wenn die Pro-Kopf-Produktivität sich bis 2050 verdoppelt, wovon wir ausgehen können, verdoppelt sich das Volkseinkommen keineswegs, weil die Altersgruppe der Erwerbstätigen bis dahin trotz hoher Einwanderungen um 16 Mio. Menschen schrumpfen wird. Wir haben dann also bei verdoppelter Produktivität ein Sozialprodukt, das nur um 30 Prozent über dem von heute liegt. Außerdem fließt von diesem größeren Kuchen ein viel größeres Stück als heute in die Versorgung der Kranken, Rentner und Pflegebedürftigen. Zuwanderung schafft da keine Abhilfe, denn rein wirtschaftlich betrachtet sind die Einwanderer kein Gewinn. Die wenigsten von ihnen sind ausreichend qualifiziert, um das Pro-Kopf-Einkommen anzuheben. Auch ihre Selbstständigquote ist nicht größer, sondern kleiner als die der Nichtmigranten. Es müssten wesentlich mehr Hochqualifizierte einwandern, das könnte – theoretisch – eine Lösung sein. Dazu kommt, dass auch die Migranten, sobald sie in Deutschland leben, weniger Kinder kriegen.

Auch wenn jede Frau ab sofort zwei Kinder bekäme, würde das den jetzt Lebenden nicht mehr helfen.

Wir hatten nach dem Zweiten Weltkrieg rund 920 000 Geburten pro Jahr, 2009 nur noch 648 000 und im Jahr 2050 höchstwahrscheinlich unter 500 000. Den Geburtenrückgang bis in die zweite Jahrhunderthälfte können wir nicht mehr verhindern. Wir können nichts dagegen tun, dass Eltern, die nie geboren wurden, heute keine Kinder bekommen können. Wir sehen das ja an der weiter sinkenden Geburtenzahl – trotz zahlreicher Maßnahmen wie dem Elterngeld oder den verbesserten Kinderbetreuungseinrichtungen. In den siebziger und achtziger Jahren hätte man etwas dagegen tun können, aber jetzt stecken wir in einer sich selbst tragenden Abwärtsspirale. Und selbst nach der Jahrhundertmitte werden wir nur aus dieser Spirale herauskommen, wenn die Lebensbedingungen der Familien ab sofort drastisch verbessert werden, so dass die Geburtenrate dauerhaft von 1,4 auf zwei Kinder pro Frau steigt.

Und wie ermutigen wir die Menschen dazu, Familien zu gründen?

Die familienpolitischen Maßnahmen der Regierung gehen in die richtige Richtung, sie reichen jedoch bei weitem nicht aus. Auch die Unternehmen müssen mitziehen und zum Beispiel bei gleicher Qualifikation verstärkt Mütter beziehungsweise Eltern einstellen. Frauenquoten sind schön und gut, Mütterquoten wären besser. Leider ist den wenigsten Vorständen bewusst, dass Familienpolitik die wichtigste Art der Wirtschaftspolitik ist. Das für die Wirtschaft lebenswichtige Humankapital wird in den Familien durch die Erziehung lernfähiger Kinder geschaffen, nicht durch den Import schlecht qualifizierter Einwanderer. Im letzten Wahlkampf kam Demografie jedoch weder in den politischen noch den wirtschaftlichen Diskussionen vor, obwohl der demografische Wandel heute schon für viele Probleme verantwortlich ist. Aber kein Politiker stellt mehr die Ursachenfrage, alle reden nur noch von den Auswirkungen des demografischen Wandels, groteskerweise sogar von dessen Chancen.